

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis durch die Post
1,20 M. vierteljährlich

Sattler-

Inserate für den Arbeitsmarkt
20 Pf., alle anderen 30 Pf. pro
3gepaltene Petitzeile

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 47 .: 24. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 10b .: Telefon: Amt IV, 2120

Berlin, den 25. November 1910

Inhalt: Beitragszahlung. — Streitnotizen. — Aus der Berliner Vorleienles- und Taschenbranche. — Aus dem Offenbacher Andultriebezirk. — Affabon-Bettung. — New-York-Bueros Aires. — Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Aus anderen Organisationen. — Ausland. — Soziales. — Genossenschaftliches. — Rechtspflege. — Rundschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Briefkasten der Expedition. — Adressenänderungen. — Sterbetafel. — Vertammungstatender. — Anzeigen.

Für die Woche vom 27. November bis 3. Dezember ist der 48. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinem Beitrag in Rückstände ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse eruchtet, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Hannover. In der Hofwagenfabrik von **Jakobi** haben sämtliche Kollegen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng fernzuhalten. — Die **Portefeuille** und **Buchbinder** stehen im Streik. **Matheson.** Der Streik der **Etuisarbeiter** und **Portefeuille** dauert unverändert fort.

Aus der Berliner Portefeuille- und Taschenbranche.

H. W. Selten hatte die Berliner Lederverwarenindustrie solch außerordentlich günstige Konjunktur zu verzeichnen wie in den lehtbergangenen Monaten. Doch jetzt sind die Exportbestellungen erheblich, der Berliner Markt überfüllt, und wenn in kurzer Frist die Provinz ihren Weihnachtsbedarf gedeckt hat, sind wir an der „toten“ Saison, an dem Zeitpunkt angelangt, der für viele Kollegen mit Arbeitslosigkeit gleichbedeutend ist. In den in Stellung Verbleibenden werden bei geringerem Verdienst erhöhte Anforderungen gestellt. Sie sollen gangbare Muster zu geringen Herstellungskosten entdecken, und zwar so schnell, daß, bevor noch die letzte Bestellung effizientiert ist, die Reisenden damit schon die Kundschaf besuchen können.

Während vor 20 Jahren die Winteraison nach Neujahr begann und bis April währte, vor 10 Jahren noch die Musterkollektionen erstmalig nach den Weihnachtsfeiertagen auf die Tour geschickt wurden, sind beispielsweise in diesem Jahre die Reisenden schon seit Anfang November in England und Holland, um dort Bestellungen für das Sommergeschäft entgegenzunehmen. Diese „Jagd nach dem Glück“ ist geeignet, die Zeitgrenzen für die Saison immer mehr und mehr zu verwischen. Während in einzelnen Taschenfabriken schon seit Wochen die Arbeitszeit aus Mangel an Beschäftigung verkürzt worden ist, mußten hingegen andere Unternehmer trotz Ueberzeitarbeit Aufträge, die in die Tausende von Mark gingen, annullieren. Die Trezorbranche ist zurzeit durchgängig gut beschäftigt, trotzdem durch die Taschenindustrie der Umsatz gegen früher um 75 Proz. zurückgegangen

ist. In Betrieben, in denen früher nur Portefeuilleartikel und Trezors angefertigt wurden, die aber jetzt, durch die Nachfrage animiert, auch Taschen aufnehmen, kommen bei gleichen Umsatzfiguren wie früher, 95 Proz. auf Taschen und nur 5 Proz. auf die übrigen Lederverwaren. Da die Taschen hauptsächlich in Betriebswerkstätten hergestellt werden, war es möglich, die Arbeitslöhne auf einigermassen befriedigender Höhe zu halten. Doch böse Beispiele verderben gute Sitten. Immer mehr und mehr wird den Berlinern die Offenbacher Konkurrenz, hervorgerufen durch das Zwischenmeisterystem, vorgeritten und versucht, dieses schädliche Infrant hierher zu verpflanzen, trotzdem der § 8 des Tarifvertrages dem entgegensteht. Auch ein Entscheid der Schlichtungskommission (Schiedsgericht) verbietet unter Geldstrafe, daß Heimarbeiter fremde Hilfskräfte irgendwelcher Art beschäftigen dürfen. Leider ist die Tatsache zu verzeichnen, daß einzelne Werkstatthalter das Verbot haben, nur um im Augenblick höhere Verdienste zu erzielen, Heimarbeiter zu werden. Durch diese Umstände veranlaßt, ist die Berliner Verbandsleitung zur Abwehr in einen Kampf gedrängt worden, dessen Vorgeschiehungen und Ausgang symptomatisch für die nächstjährige Tarifbewegung ist, der unbedingt eine Einschränkung des Zwischenmeisterystems bringen muß. Es ist anzuerkennen, daß die Verbandsleitung der Unternehmerorganisationen zurzeit jeden Versuch, Zwischenmeisterbetriebe für die Taschenindustrie Berlins einzurichten, mit unenergisch bekämpft. Die Gruppenleitung der Fabrikantenvereinigung hält es für durchaus erhaltenswert, im Offenbacher Gebiet das industrieschädigende Zwischenmeisterystem zu beseitigen, denn nur dann kann es ihrer Meinung nach von Berlin ferngehalten werden. Ja, sie macht kein Hehl daraus, wenn in und um Offenbach herum nicht Remedur geschaffen wird, sie im nächsten Jahr für Berlin nur dann das Tarifverhältnis zu erneuern bereit ist, wenn Berlin und Offenbach in bezug auf Heimarbeit und Zwischenmeisterium tariflich gleichgestellt werden. Jedem Kenner der Verhältnisse ist es sonnenklar, daß die Offenbacher und Frankfurter Fabrikanten dem nicht so bereitwillig zustimmen werden. Im Gegenteil, sie werden die bisher innegehabte Position verteidigen und höchst wahrscheinlich von den Zwischenmeistern Sukturs erhalten. Das wissen die Berliner Fabrikanten genau so gut wie wir. Und die Befundung der Berliner Unternehmer, sie wollten die Einschränkung der Heimarbeit und Befestigung der Zwischenmeister in Offenbacher Gebiet, ist nichts weiter als ein Deckmantel für die Bestrebungen, diesen Zustand auch in Berlin einzuführen. Sie sind eben nicht dumme genug, es uns gerade heraus zu sagen, aber ihnen fühlen es mit dem Kräftstoff, daß sie uns den Vorwurf machen wollen, weil wir im Offenbacher Gebiet nicht Remedur schaffen, nun auch in Berlin das Zwischenmeisterystem tariflich erlaubt werden muß. Daß wir uns mit Zähnen und Nägeln dagegen wehren werden und daß wir für Berlin einem Tarif unsere Zustimmung verweigern müssen, durch den das schädliche Gewächs aus der Offenbacher Taschen- und Berliner Trezorbranche auch auf die Berliner Gesamtleiderverwarenindustrie übertragen werden soll, versteht sich am Munde. Es ist daher wohl begründet und selbstverständlich, wenn in Berlin schon jetzt alle dahingehenden Bestrebungen mit aller Schärfe bekämpft werden. Welche Wege im Interesse der

Arbeiter und nicht zuletzt für die Industrie eingeschlagen werden müssen, dafür zwei Beispiele.

In einer Berliner Taschenfabrik wurde vor einigen Jahren anstatt der Zeitlohnarbeit Affordarbeit eingeführt. Die Arbeiter sträubten sich gegen dieses System und gaben lieber ihre Arbeitsstelle auf, als sich dem neuen System zu fügen. Als dann der Tarif vom Jahre 1908 genau vorschrieb, auf welche Art die Festsetzung der Affordlöhne zu geschehen hat, fand die Affordlohnung mehr Anhänger. Mit Feinlichkeit wurde darauf geachtet, daß niemand mit seiner Arbeitsleistung mithalten könnte und Lohnsätze festgelegt werden, die jedem Durchschnittsarbeiter einen Verdienst ermöglichen, der den augenblicklichen Verhältnissen angepaßt ist. Leider gibt es auch organisierte Kollegen, die rücksichtslos genug sind, nur an sich selbst zuerst zu denken, und auf alle gewerkschaftlichen Grundregeln, wenn nur sie, wenn auch nur im Augenblick, einige Mark die Woche mehr verdienen können und selbst, um diesen „Abblischen“ Fried zu erreichen, Heimarbeiter werden und damit Rechte in unsere feste Position schlagen. Die Branchenversammlung vom 2. November verurteilte nach eingehender Diskussion solches Gebahren einmütig und beauftragte die Branchenleitung, dafür zu sorgen, entweder den zum Heimarbeiter gewordenen Werkstatthalter zur Rückkehr zu veranlassen oder den Werkstatthaltern zu empfehlen, dem Betriebsinhaber nur diesen Heimarbeiter zu überlassen, wogegen sie auf Weiterbeschäftigung verzichten müßten. Die Branchenleitung hatte sich aber schon vorher mit dem Falle beschäftigt, weil der betr. Arbeiter ein ärztliches Attest einreichte, wonach seine Ehefrau der häuslichen Pflege ihres Ehemannes dringend bedarf, die er ihr als Heimarbeiter eher zuteil werden lassen kann. Unter dem Eindruck des Attestes und der Voraussetzung, daß sich der Kollege derselben Kontrolle und denselben Bedingungen wie jeder Werkstatthalter zu unterwerfen hat, wurde bis zur Genehmigung der Frau dem betr. Arbeiter Heimarbeit gestattet. Dieser gute Mann wollte sich keinerlei Vorarbeiten machen lassen, weswegen eine von fast allen Werkstatthaltern besuchte Versammlung beschloß, daß er unter diesem Ausnahmezustand entweder genau so sein Arbeitsverhältnis einzurichten habe, als ob er in der Werkstatt beschäftigt werde, oder die Kollegen überlassen es ihm, allein für die Firma zu arbeiten. Die Einmütigkeit der Kollegenschaft hat hier verhindert, daß die Heimarbeit ausgedehnt wird, und gezeigt, welche Mittel anzuwenden sind, die Heimarbeit in der Taschenbranche hinauszuhalten.

In einem anderen Falle hatte eine Firma die Absicht, durch Errichtung eines Filialbetriebes in Berlin das Zwischenmeisterystem einzuführen und vermöge Einstellung weiblicher Arbeitskräfte mit niedrigen Löhnen Artikel zu fabrizieren, die sie angeblich zu den Löhnen, die Taschenarbeitern gezahlt werden müssen, nicht herstellen kann. Zuerst beschäftigte die Firma neben 20 Werkstatthaltern 6 Heimarbeiter, darunter zwei, die in Kompanie mit Hilfskräften arbeiteten. Die Branchenleitung sah darin einen Verstoß gegen den § 8 des Tarifvertrages, weswegen sie Entlassung dieser beiden Heimarbeiter forderte. Wohl sei es der Firma gestattet, diese beiden als Einzelheimarbeiter zu beschäftigen, aber sie muß kontrollieren, daß die beiden nicht in Kompanie mit Hilfskräften arbeiten. Dieser Standpunkt wurde von der Branchenleitung der Fabrikantenvereini-

nung gestellt. Auch diese war die Firma, gegen welche Schiedungen zu bestehen. Als der Litarbvertrag bekannt wurde, sah die Firma einen Zweigbetrieb eröffnen, in welchem die beiden vorher bezeichneten Gewerkschaften mit vier weiblichen Mitstreitenden und ein "Gewerkschaft" der Berliner Arbeiter durch den Druck der Ludwig u. Gurlander, den Arbeiter durch nicht zurückgezogene Vorkämpfe genügend bekannt mit 13 Arbeiterinnen arbeitete, wollten die beiden Arbeitnehmervereine von der Erlaubnis Gebrauch machen, den Betrieb auf Einhaltung des Tarifes zu kontrollieren. Der Betriebsleiter verweigerte den Zutritt. Trotzdem konnte festgestellt werden, daß eine Heilige Stefanie Stieperin annahm das Mindestlohn von 18 Pf. nur 27 Pf. Stundenlohn erhielt, daß einem 21-jährigen Mädchen, die Vogel annahm, nur 10 Pf. Wochenlohn gezahlt wurde u. s. w. Der Vorstand der Arbeitervereine wurde ersucht, eine gemeinschaftliche Sitzung mit den Vertretern der Arbeitnehmer anzubereiten und Stellung gegen solche Auswüchse zu nehmen. Die Sitzung fand statt. Es wurde beschlossen, sofort den Haupt- und Nebenbetrieb aufzusuchen, um die Richtigkeit der aufgestellten Behauptungen an Ort und Stelle nachzuprüfen. Während die Kommission im Kontor des Hauptbetriebes empfangen wurde, wurde sie im Zweigbetriebe, wie man auf gut Deutsch sagt, rausgeschmissen. Diese Behandlung wurde ebenfalls dem Vertreter des Fabrikantenvereins zuteil. Es ist daher zu verstehen, wenn auch er laut witterte und sich sofort mit den beiden Arbeitervertretern nach dem Hauptbetriebe begab. Während der Verhandlung erklärte der Unternehmer, daß die Gewerbebetriebe kein zwischenweiserbetrieb sei, Anstellung, Entlohnung und Entlassung geschähe vom Hauptbetriebe usw. Die Löhne, wenn sie den tariflichen Ansprüchen nicht genügen, sollen erhöht werden. Dabei stellte sich der Mangel unseres Vertrages heraus, daß mit Ausnahme der Stieperin keine Tariflöhne für die übrigen Kategorien der Arbeitnehmer festgesetzt sind, demzufolge die Firma sich berechtigt glaubte, zahlen zu können, was sie wollte. Dem konnten die anwesenden Fabrikanten als Vorstandsmitglieder nicht zustimmen, sondern sagten ausdrücklich, daß zur Zeit des Tarifabschlusses kein Fabrikant den Ansinnen der Arbeitervertreter Glauben beimah, wodurch dies System, wie es Sigara zeigt, in Berlin eingeführt würde, deshalb sei eine überflüssige Belastung des Tarifes sei. Bestimmungen hineinzu bringen, die niemals angewendet werden. Da die Arbeiter aber Recht behalten haben, muß bis zur Schaffung eines neuen Tarifes ein Probatorium geschaffen werden, welches den üblichen Löhnen der Berliner Taschenbranche entspricht. Nur wenn die sog. Vertreter des Zweigbetriebes neben ihren Zeitlohn feinerer Kategorie oder Tarifiemen beziehen, ferner alle tariflichen Bestimmungen eingehalten werden, kann das Weiterbetreiben des Zweigbetriebes genehmigt werden. Sollten aber diese Abmachungen nicht eingehalten werden, dann könne die Fabrikantenvereinigung die Firma in Zukunft nicht schützen, und den Arbeitern steht es frei, auch den Hauptbetrieb bis zur Durchsicherung der Forderungen für den Nebenbetrieb zu bestreiken. Die Firma verspricht, dem voll und ganz nachzukommen. Die nunmehr erfolgte Lohnerhöhung beträgt für vier männliche und neun weibliche Arbeiter 65,74 Pf. die Woche. Ob die Firma unter diesen Umständen noch ein Interesse an dem Weiterbestand des "Zweig"betriebes hat, wollen wir hier nicht untersuchen. Wir wollen aber mit Nachdruck auf die Bedeutung dieser Vorgänge hinweisen, die durchaus nicht nur lokales Interesse erheben, sondern in ihrer Folge, wie schon oben bemerkt, von hochwichtiger Bedeutung für unsere gesamte Branche und die nächstjährige Tarifbewegung sein werden. An der Stärke der Organisation, an der Mitarbeit der Kollegenschaft wird es liegen, ob wir insaufende sein werden, Berliner Produktionsbedingungen auf Offenbach zu übertragen, auf jeden Fall aber Berlin von dem Zwischenmeisterlichem Essenbochs freizuhalten.

Eingangs dieses Artikels wird schon auf die Meinungsäußerung hingewiesen. Anzuerkennend damit ist auch die Festsetzung der Affordlöbne.

Bekanntlich müssen bei den Lohnfestsetzungen die in Betracht kommenden Arbeiter Werksattauschau, Werksattkommission gehört und es dürfen nur die gemeinschaftlich vereinbarten Löhne in den Kontabilität aufgenommen werden. Weiter ist im Tarifverträge vorgeesehen, daß in Streitfällen das Schiedsgericht endgültig entscheidet. Soweit für einen Betrieb nur Werksattarbeiter in Betracht kommen, vertritt sie sind auf dem Konten, ist es leicht, eine alle Teile befriedigende Regelung zu schaffen. Schwieriger ist es schon mit

Dem und Werksattarbeitern, noch schwieriger, wo nur Arbeitgebervertreter beschäftigt werden. Deren Absichten auszudrücken zu machen und die Kollegen dann in Werksattversammlungen zusammenzubringen, ist eine nicht zu unterschätzende Aufgabe. Es ist deshalb in Berlin ein neuer Versuch gemacht worden. Die Gewerkschaft und im großen und ganzen organisationsfreundlich. Es bedarf in den meisten Fällen keiner großen Herberredungsstunde, die eine unteren Verband zu gewinnen. Doch wenn sie Mitglied geworden wären, sie auch zu halten, war bis her ein schwer zu lösendes Problem. Da das Hausfasserereinem wie im Essenbocher Geibel und anderen kleinen Städten für Berlin nicht anwendbar ist, wurde die Faktifabrikgesellschaft mit der Einziehung der Beiträge und der Abgabe der Verbandszeitung betraut. Dafür zahlen die Mitglieder 5 Pf. pro Socke. Eine Einrichtung, durch welche unsere Gewerkschaft über alle Vorgänge berichten und regelmäßig unterrichtet werden und die geeignet ist, die handliche Verbindung mit der Organisation aufrechtzuerhalten. Auf diese Weise kann jeder Gewerkschaftler seine Mitgliedschaft dauernd erhalten und deshalb den Einmachungen zu Werksattbesprechungen eher Folge leisten. Es wird dann den Fabrikanten unmöglich gemacht, einen Gewerkschaftler gegen den anderen auszuspielen oder für bestimmte Artikel besonders niedrige Löhne festzusetzen, mit der Begründung, das sind Gewerkschaftlerartikel, die werden in der Werksatt nicht gemacht, darum sind die Werksattarbeiter bei der Lohnfestsetzung nicht zu hören. Es dauerte nicht lange, überhaupt jetzt, wo die Spannung in der Konjunktur nachgelassen hat, daß Werksattarbeiter diesen Artikel zu den gleichen Bedingungen wie den Gewerkschaftlern mit der Motivierung angeboten werden, der Lohn ist mit den in Betracht kommenden Arbeitern vereinbart und in den Tarif eingetragen worden. Unter diesen Umständen werden die Gewerkschaftler, demzufolge es im Interesse beider Arbeiterkategorien liegt, in regelmäßigen Zeitabständen zusammenzukommen und sich auf einheitliche Preise zu einigen.

Es wird weiter auf den, wenn alle Kollegen, auch die aus anderen Branchen und Industriezweigen, sich folgende Festsätze merken und danach handeln: Jeder Kollege ist verpflichtet, sich nach der Adresse des Vertrauensmannes mannes, der für seinen Betrieb bestellt ist, zu erkundigen und den Vertrauensmann stets zweckdienlich zu informieren. Arbeits- und Wohnungswechsel ist bei der örtlichen Verwaltung bezw. deren Beauftragten unverzüglich zu melden.

Jeder Einladung zur Werksatt- oder Betriebsversammlung ist unbedingt Folge zu leisten, ebenso sind die von der Verbandsleitung anberaumten Versammlungen zu besuchen. Vorkommnisse irgendwelcher Art, soweit sie das Arbeitsverhältnis betreffen, sind dem Vertrauensmann schnellstens mündlich oder schriftlich zu melden.

Die in der Werksatt- oder Betriebsversammlung gefaßten Beschlüsse sind auf das gewissenhafteste zu befolgen. Artikel, bei denen der Affordlöbne niedriger gestellt ist, als ihn die Fabrik- oder Werksattversammlung festsetzte, dürfen nur unter Vorbehalt in Arbeit genommen werden.

Jeder Kollege muß Mitglied des Verbandes der Saffler und Portfeuille sein und für diesen Verband agieren.

Die Verbandsbeiträge sind regelmäßig abzuführen. Krankheit und Arbeitslosigkeit ist der örtlichen Verwaltung zu melden.

Das Verbandsorgan darf nicht ungelesen beiseite gelegt werden, sondern muß nach dem Lesen zum Zwecke des Nachschlagens rein sauberlich aufbewahrt werden.

Nur derjenige, welcher den vorstehenden Verpflichtungen pünktlich nachkommt, wird die Bahn für die kommende Bewegung freimachen, wodurch dann die materiellen und ideellen Güter der Kollegenschaft verbessert werden.

Aus dem Offenbacher Industriebezirk.

Slagen über den schlechten Versammlungsbefund sind schon so oft geführt worden, sowohl in den Versammlungen selbst als auch in den Spalten unserer Zeitung, daß man eigentlich nun damit abwarten und die Tatsache ruhig hinhinnehmen sollte. Nicht nur in unserem Verbands bezw. Industriebezirk ist diese bedauerliche Lethargie zu verzeichnen, nein auch andere Verbände und Arbeitervereine berichten von ungeheurer Versammlungsmüdigkeit ihrer Mitglieder. Man kann das allerdings begreifen, wenn man sieht, wie überall die Vergnügungsclubs und sonstigen Altimbivereine aus dem Boden aufschließen, der Arbeiterbewegung vielfach die besten Kräfte ent-

stenden und das Interesse für die wirtschaftliche und politische Betätigung erlöchen. Diese Vereine haben über ichtender Besuch kaum zu sagen und sind heute nicht nur in den Städten, nein, auch in den fernsten Dörfern anzutreffen zum Schaden der Arbeiterbewegung. Wir hatten sicher gehofft, daß sich dieser Zustand jetzt in Anbetracht der bevorstehenden Tarifbewegungen ändern würde, zumal wir durch die Brandbildungsaktionen allen Kollegen Gelegenheit gegeben haben, die speziellen Wünsche und Interessen der einzelnen Industriegruppen in den Branchenversammlungen zu erörtern. Das auf diese Weise gesammelte Material sollte in dem neuen Tarifverträge, der im nächsten Jahre mit den Fabrikanten abgeschlossen werden soll, nach Möglichkeit Verwendung finden. -- Weit gefehlt! Der größte Teil unserer Kollegen scheint der Meinung zu sein, daß ihm weitere Verbesserungen im nächsten Jahre "ganz von selbst" in den Schoß fallen werden. Wer leicht meinen auch die Kollegen, die Verbandsfunktionäre müssen die nächste Tarifbewegung allein machen und sie brauchen sich nur nach dem Abschluß des neuen Vertrages -- um den sie sich so wenig kümmern wollen, wie um den alten -- an das "Tischlein des Dicks" zu setzen und die gebrauchten Tauben zu verzehren, die da nur so angeflogen kommen. Sie sind ja alle organisiert und auch ganz gute Beitragszahler, aber das genügt nach ihrer Meinung, denn auch noch mitarbeiten, das wäre wirklich zu viel verlangt, dafür sind andere Leute da. Dabei vergessen diese Kollegen, daß zu einem Kriege, wie ihn unsere nächstjährige Tarifbewegung zweifellos darstellen wird, nicht nur ein guter Kriegsplan und kluge Führer, nein auch tapfere Soldaten, weitere Kämpfer gehören. "Ach wenn es erst soweit ist, dann sind wir schon da und werden unsere Mann stehen", halten sie uns entgegen. Aber es genügt durchaus nicht, wenn kurz vor der Entscheidungsschlacht ein gewaltiges Heer zusammenläuft, sondern die Kämpfer müssen auch geschult, einerezitiert und gut bewaffnet sein. Rechtzeitig die Waffen zu schärfen und gebrauchen lernen, bezwecken schon zum Kampfe einen, muß stets unsere Aufgabe sein.

Das alles sollten doch unsere Kollegen bedenken, und anstatt sich am Verische unruhiger Kritik und fatalen Meißeln über ihren eigenen Verband und dessen Weanie und Funktionen hinguziehen, lieber in die Versammlungen kommen und dort ihren Medizroton fließen lassen. In praktischer Mitarbeit sollten sie sich versuchen und mit die besessene Hand anlegen an die Angelegenheiten, welche sie selber nur schimpfend beurteilen. Es sind das gerade dieselben Leute, die im Jahre 1908 mit dem Gerichten durchaus nicht zufrieden waren und lieber geürrt hätten, die aber hernach die geschaffenen Tarifbestimmungen überiens am allermeisten durchbrochen haben. Wollen die Kollegen diesmal wieder erst kurz vor dem Vertragsabschluss kommen und an allem herumzweifeln und kritisieren, während sie die ganze Zeit vorher mit den Händen in den Hosentaschen abseits gestanden und sich um nichts gekümmert haben? Alle Anstrengungen, die selber gemacht wurden, um einen guten Besuch zu erzielen, scheiterten an der erschreckenden Gleichgültigkeit der Kollegen, welche den Ernst der Situation nicht begreifen oder nicht begreifen wollen.

Vor längerer Zeit schon hatte die Auleitung in allen in Betracht kommenden Orten Heimarbeiterversammlungen veranstaltet, um den Kollegen die mit dem jetzigen Tarifverträge gemachten Erfahrungen vor Augen zu führen. Allein die Beachtung war ohne die Gewerkschaft gemacht, der erhoffte Besuch blieb fast überall aus. Es da nicht mancher ferugelieben ist, weil ihm das Gewissen geschlagen hat, weil er sich selber als Tariffürber fühlte, dem man in der Versammlung vielleicht manches Unangenehme unter die Nase gerieben hätte? Mancher auch, der am Viertische zu den lautesten Schreieren gehört und sich nicht genug über die "Zustände in der Heimarbeit" enträsten kann, hat hier durch Abwesenheit gesündigt. Ja, es ist leichter auf die Reamten und die Verbandsentscheidungen zu schimpfen, auch läßt sich hinter diesem Kräftchen so gut das eigene, tarifwidrige Verhalten verbergen. In die Versammlungen allerdings darf man dann nicht gehen, sonst könnte ja der Glorienschein der eigenen werten Persönlichkeit in Gefahr kommen und es könnte einem nachgewiesen werden, wie wenig man selbst als Zwischenmeister oder Gewerkschaftler seinen Mitstreitenden und Lehrlingen gegenüber den Vertrag einhält.

Auch die in letzter Zeit von der Auleitung in allen Orten des Industriebezirk arrangierten Versammlungen miesen fast überall das gleiche Bild auf, obwohl alle nur erdenkliche Propaganda dafür entfaltet und die größtmögliche Rücksicht auf sonstige Verantwortungen an den einzelnen Orten genommen wurde, die die Kollegen von Versammlungsbefund vielleicht hätten zurückhalten können. Die Hoffnung, es würden sich die Kollegen in An-

betracht der bevorstehenden Tarifbewegung zahlreicher als sonst einfinden, hat sich nur zum Teil erfüllt.

Ueber den Besuch und Verlauf dieser letzten Versammlungen nur kurz einige Auszüge, die für die Situation im ganzen Industriebezirk als typisch gelten können.

Wir beginnen den Reigen mit **Deusenstamm**, dem Eldorado der Heimarbeit und Zwischenmeister. Was dort schon in Agitation und gemeinschaftlicher Erziehungsarbeit versucht wurde, ist wahrlich nicht gering, aber leider mit nur wenig Erfolg. Abgesehen davon, daß ein Teil der Zwischenmeister vom Verbands nichts mehr wissen wollen, weil diese Leute sich ihren Hilfskräften gegenüber als kleine Fabrikanten fühlen, werden uns bei den vorgenannten Hausagitationen Mißstände erzählt, die jedem Vernünftigen die Notwendigkeit tatkräftiger Mitarbeit an deren Beseitigung und Verhütung aufdrängen müßten. Die Heimarbeiter klagen über schlechte Preise, über die unfaubere Konkurrenz, die ihnen von den **anderen** gemacht wird, wie die **anderen** Heberfeierabend schufen, ihre Lehrlinge und Mädchen ausbeuten usw. Heberhaupt die **„anderen“**, sie sind **„das Marindel“**, sie haben alles verdummet und nehmen dem armen Heimarbeiter das Brot vom Munde weg. Wer aber diese **„anderen“** sind, auf die jeder einzelne in gleichem Maße schimpft, ist nicht festzustellen. Es scheinen wesentlich Geister zu sein, welche in den Köpfen aller Heimarbeiter herumspuken, ohne daß man sie fassen kann. Möge doch da jeder vor seiner eigenen Tür stehen und sich nicht immer auf die **„anderen“** beziehen.

Der Gedanke einer fortdauernden, gegenseitigen Verständigung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse wird von diesen Kollegen weit zurückgewiesen! „Was, mit dem soll ich mich verständigen, das wäre mir gerade der Nichteige, der schmiert beim Werkführer und hat immer die besten Partien Arbeit“, so sind die Ansprüche, die man so oft zu hören bekommt. Die aber, denen das nachgesagt wird, bereiten das ganz entschieden und verdächtigen wieder die ersten, zum gegenseitigen Meinungsaustausch kommt es nicht, weil man der Gelegenheit dazu ängstlich aus dem Wege geht. Grenzloses Mißtrauen und Uneinigkeit erlösen die Gefühle der Zusammengehörigkeit und Solidarität und verhindern es, daß sich selbst oft die für die gleiche Firma tätigen Heimarbeiter die Preise der einzelnen Artikel einander mitteilen. Daß auch die Organisation unter diesen Umständen etwaige Tarifbrüche der Unternehmer in der Hausindustrialie nur schwer, oft gar nicht feststellen kann, liegt auf der Hand, zumal sich bei derartigen Nachforschungen das Mißtrauen der Heimarbeiter auch auf die Organisationsvertreter ausdehnt. So wurde schon oft die Behauptung aufgestellt, daß von einzelnen Fabrikanten an verschiedene Heimarbeiter für denselben Artikel zweierlei Preise gezahlt würden, aber trotz erfrischter Nachforschungen der Verbandsleitung unter den Heimarbeitern konnte ein schlüssiger Beweis dafür bis jetzt nicht erbracht werden. Die meisten Kollegen hüten sich ängstlich davor, der Organisation irgendwelche, darauf bezügliche Mitteilungen zu machen, ja man räumt dem Gauleiter bei etwaigem Vorgesprechen höchst die Arbeitsetzel aus dem Wege, damit dieser ja nichts feststellen kann. Man könnte ja sonst mit feinem „Brotherrn“ Inannehmlichkeiten haben, die man unter allen Umständen vermeiden will. „Laßt mich doch in Ruhe, ich zahle ja gerne meine 50 Pf. Freitag, schon wegen der Kronenunterstützung, aber im übrigen sollt ihr mir nichts dreinreden; ihr könnt es ja doch nicht ändern,“ das ist die Meinung vieler Heimarbeiter und darum kommen diese Kollegen auch zu keiner Versammlung. Daß manche erklären, nur wegen der Krankenunterstützung im Verband zu sein, ist begründlich, wenn so mit der Arbeitskraft Raubbau getrieben wird, daß Heberfeierabend- und Sonntagsarbeit bei einigermaßen guter Konjunktur an der Tagesordnung sind.

Das doch da vor kurzem ein Heimarbeiter ganz unbenannt erzählt, daß er in der ständigen Absicht, eines Abends einen Spaziergang durch das Dorf unternahm. Bei dieser, vielleicht seltenen Gelegenheit sah er aber aus den Werkstätten anderer Heimarbeiter trotz der sorgfältig verhängten Fenster „traulichen“ Lampenschein hervorscheinern und hörte das anmutige Klingeln des Scharfes und der Kieflöcher, die von seinen Kollegen trotz der späten Stunde noch ziemlich lehrd mißhandelt wurden. — „Pink! — Pink!“ — „Donnerwetter“, denkt er, „die verdienen noch Geld und du vertustest deine kostbare Zeit mit Spazierengehen; bis ist doch unverantwortlich!“ Flugs kehrt er um aus der frischen Luft in seinen warmen, von allerhand „lieblichen“ Gerüchen duftenden Arbeitsraum und tut es den anderen nach, denn er will hinter denen nicht zurückstehen, besonders nicht

am Freitag beim Lohnzahlen. Also schließt und er nun in die Nacht hinein und guckt in Zukunft erst gar nicht danach, ob andere auch tun, er hält es mit dem Heimarbeiter, der vor einigen Jahren schon erklärt hat: „Ach was, das ist doch ganz egal, ob ich in meinem Welt liege und schlafe, oder ich fuge auf meinem Stuhl und arbeite ein bißchen, übrigens wird bei mir gar nicht über Heberabend gearbeitet, bei mir ist jeden Abend um 11 Uhr Schluss.“

Närrisch ansehend wirkt die Heberarbeit selbst auf manchen in der Stadt beschäftigten Werkstatтары, die es oft nicht über sich gewinnen können, die Heimarbeiter abends noch arbeiten zu sehen, während sie selbst schon um 6 Uhr Heberabend haben sollen. So mancher, den nicht die Not dazu drängt, schleppi da nur aus Nachahmungsriech noch einen großen Emulbus nach Hause, um denselben mit Hilfe seiner Frau noch abends zu vernurkeln. Wohl ist es unter dem jetzigen Tarifverträge gestattet, ausnahmsweise und vorübergehend Arbeit mit nach Hause zu nehmen, währer in jedem einzelnen Fall die Werkstattamission entscheidend ist. Für diese Arbeit ist aber auch laut Tarifvertrag ein besonderer Zuschlag zu zahlen. Nicht aber in es gestattet, wochen- oder monatlang ohne Prozentzuschläge Emulbus zu schieben. Dießem Lohner, dessen in unzähligen Versammlungen und Beschläßen als eine unerhörte Sündhaft gebrandmarkt worden ist, fröhlich leider noch immer eine Anzahl Kollegen und zum Teil solche, die als Werkstattarbeiter in regulärer Arbeitszeit durchschnittlich nicht unter 30 Mk. pro Woche verdienen.

Auch die bei Heimarbeitern und Zwischenmeistern beschäftigten Hilfskräfte nehmen sich vielfach nach Separationen zum Eintrassen oder Taschenriffe mit, für die Zeit der „Reinigung“ nach dem Abendbrot, denn das trägt ganz wesentlich bei zur Verbanung der **„schweren Sperr“**. Daß sich diese Kollegen und Kollegen durch solches Gebaren selber den größten Schaden zufügen, kommt ihnen gar nicht in den Sinn. Auch die sogenannten selbständigen Heimarbeiterinnen, die billige Damenräucher und Ausfalls fabrizieren, sowie Heimarbeitstepperinnen denken oft ihre Arbeitszeit weit über Gebühr aus.

Die hier wahrheitsgemäß geschilderten Zustände treffen allerdings nicht nur auf Deusenstamm zu, sie sind im Gegenteil typisch für alle Orte des Industriegebietes und laien auch mit blieremern Prud auf den Funktionen der einzelnen Ortsverwaltungen. Nur daraus läßt sich an manchen Orten die Lässigkeit erklären, mit welcher hier die Ortsverwaltungen das Arrangement von Versammlungen betreiben. Die Verwaltungsarbeiten laßen zumeist nur auf einigen wenigen Personen, der größte Teil der Kollegen kümmert sich um nichts. Glücklicherweise haben wir aber noch Leute, die sich dadurch nicht abfinden lassen. In einer Verwaltungshelle laute der Schriftführer sein Amt nieder, weil der Gemeinderat des betreffenden Ortes das Gelände zum Bau einer Kirche nicht zu einem Scheuderpreis an die Kirchenngemeinde abgegeben hat. Es ist kaum begründlich, was ein Kirchenbau mit dem Amt eines Schriftführers im Sattler- und Portefeuilleverband zu tun hat und nur der kann berartige Vorgänge verstehen, der die persönliche Geschäftigkeit und Zweiertracht unter den Kollegen kennt, die selbst unter den Mitgliedern der Ortsverwaltungen nicht zum Schwören gebracht werden können. An einem anderen Orte treffen verschiedene Kollegen aus ihrem Verbands aus, dem sie schon jahrelang angehörten, weil die Bürgermeisterwahl nicht in ihrem Sinne ausgefallen ist.

Alle diese Umstände wirken zusammen, den inneren Fortschritt der Organisation zu hemmen und das planmäßige Zusammenwirken der Kräfte, das bei der nächstjährigen Tarifbewegung so dringend notwendig ist, zu unterbinden, wenn sich die Kollegen nicht noch rechtzeitig auf ihre Pflicht besinnen.

Die auf den 2. Oktober für **Deusenstamm** anberaumte Versammlung war denn auch nur von wenigen Kollegen besucht. Davunter waren nur ganze drei Heimarbeiter, trotzdem die Ortsverwaltung nach ihrer Versicherung die beste Propaganda für den Besuch dieser Versammlung einstellt hatte. Eine weitere Versammlung soll hier stattfinden, wozu man vielleicht jeden Kollegen per Automobil aus seiner Wohnung wird abholen lassen müssen!

Am Montag, den 3. Oktober, ging nach **Reusenburg**. Dort glaubte ich einen besseren Besuch erwarten zu dürfen, denn wir haben dort noch immer einen kleinen Stamm unentwegter eifrige Kollegen. Das Resultat ist zwar etwas besser als in Deusenstamm, müßte aber in der gegenwärtigen, ersten Situation ein weit besseres sein.

Auch in **Obertshausen** ließe am Sonntag, den 9. Oktober, der größte Teil der Kollegen den Versammlung. Wie anderwärts wurde auch hier über das Verhalten der Kollegen lehrhafte Mache geführt, die sich allen Bestrebungen des Verbandes zum Trotz, verteilte wenig auf die tariflichen Bestimmungen lehren und nur so in den Tag, oder eigentlich in die Nacht hinein wirtschaften! Besonders der unter den dortigen Kollegen neuerdings in Mitleid lebende Import von Lehrlingen aus den fernsten Ortsharten des Rodganes und Chemobaldes wird scharf verurteilt. Diese „Lehrlinge“ werden von ihren Meistern in Mon und Voge genommen und lehren nach Secudnung ihrer Lehren, mit nicht allzuviel Meinen sich beidern, in ihre Heimatsdörfer zurück, um auch hier mit den „Segnungen“ der Heimarbeit und Zwischenmeisterbetriebe zu beglücken.

In **Büchel**, wo die Kollegen so begeistert sind für eine eigene Verwaltungshelle und sich energisch gegen eine Zukommenslegung mit Obenbränden wall man auch von Versammlungen nichts wissen. Auch sie glauben ihre Organisationspflicht mit 50 Pf. Freitag pro Woche voll und ganz erfüllt zu haben. Der Besuch am 17. Oktober war ein derartiger, daß eine weitere Versammlung angeht würde, wozu nochmals der gesamte Vorstand, zwecks dringender Einladung sich persönlich zu den Mitgliedern bemühen wollte. Nun muß es doch werden, dachte ich, als ich am 31. Oktober mich wiederum auf den Weg nach **Büchel** machte, hoffend, daß von 128 Mitgliedern doch mindestens die Hälfte anwesend sein würde. Nach einer Stunde Verpütung konnte das Meffer vor dem erdrückten Häuflein Mitglieder gehalten werden. Mit feinem Spott meinten einige Kollegen, daß der Besuch wohl ein weit besserer gewesen wäre, wenn man noch eine Vorkassa zu verteilen hätte. Wenn ich Bürgeler wäre, das ließe ich mir nicht noch einmal vorwerfen, ich ginge von jetzt ab Gauleiter zum Troste in jede Versammlung. T. M.)

Die Versammlung in **Mühlheim a. M.** am Sonntag, den 16. Oktober, war gleichfalls nur von einem viel zu geringen Prozentamt der Mitglieder besucht. Meiner Vermutung, daß hier der schlechte Besuch wesentlich auf den warmen Heberverein zurückzuführen sei, der an dem Sonntagsvormittag manchen Kollegen ins Freie gelockt haben möge, wurde von den **„Wissenden“** nicht geteilt. Weniger Heimarbeiter wird sich trotz Sonne und Zauberh im Schatten seiner Werkstätte noch mit seinen „Affe“ herumhangeln, war die Meinung eines Kollegen. Das eine Gute hat die Versammlung aber erreicht, daß es wenigstens gelang, nach Erledigung des Meffers, den lange Zeit erdrückten Kassen eines Vorsitzenden wieder zu besetzen.

In **Reistücken**, wo wir jetzt 30 Mitglieder haben, die früher zum größten Teil immer, wenn es galt, auf dem Pöllen gemessen sind, langte ich infolge eines Radunfalles mit kurzer Verpütung an, kam aber doch noch rechtzeitig genug, um zu sehen, daß es auch hier nicht besser als wo anders ist.

Die Versammlung in **Bieder** am 24. Oktober war besser als die in der letzten Zeit besucht. Zur ausgiebigen Diskussion über das Meffer des Gauleiters soll nochmals eine Versammlung arrangiert werden, wozu jeder der Anwesenden noch ein halbes Dutzend Kollegen mitbringen will.

Eine Versammlung der **Zuidweider** in **Frankfurt a. M.** nahm dasselbe Meffer entgegen. Mit die doppelte Anzahl Kollegen hätte hier anwesend sein müssen, wenn die Zuidweider sich ihrer Pflicht der gesamten Kollegenschaft und sich selbst gegenüber besser bewußt wären. Leider ist in dieser Branche auch noch eine Anzahl Kollegen vorhanden, die getrieht auf ihre **Vertrauensstellung** (?) es bis jetzt nicht für notwendig befinden haben, dem Verbands anzugehören. Sie wollen es erst abwarten, was bei der nächsten Bewegung für sie herauspringt, also sich von anderen die Kostantien aus dem Feuer holen lassen. Sie wollen ernten, wo sie nicht gesät haben!

Eine räumliche Ausnahme machte **Sanien**. Die Diskussion über das Meffer des Gauleiters zeigte, daß hier die Kollegen den Entwurf der Situation aber begriffen haben als anderwärts. Einig war man sich darüber, daß die Verbandsleitung alles tut, um die Bewegung gründlich vorzubereiten und einen günstigen Abschluß zu erzielen, daß dazu aber auch die Mitarbeit aller Kollegen dringend notwendig ist, wenn wir mit dem nächsten Tarifvertrag wieder ein Stück vorwärts kommen wollen. Auf den Wert der statistischen Erhebungen wurde noch besonders hingewiesen und vollständige Beteiligung von allen Diskussionsrednern dringend gewünscht.

Eine Versammlung in **Köppern i. T.** hätte auch besser besucht sein dürfen. Dort dehnen sich die Hilal- und Zwischenmeisterbetriebe immer mehr aus und die Meister bieten alles auf, ihre Arbeiter und Arbeiterinnen vom Besuch der Versammlungen

Effektivität besprochen werden müssen, wodurch nur eine unrichtige Veranschaulichung der Situation herbeigeführt wird.

Haufen. (E. 19. 11.) Am Sonntag, den 6. November, fand im „Gartenhaus zum Engel“ eine außerordentliche Generalversammlung statt. ... Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag über: „Was lehrt uns der gegenwärtige Tarifvertrag, und wie verbessern wir weiterhin unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen?“

Tressen. (E. 21. 11.) Genosse Schmidt hielt in unserer letzten Versammlung einen Vortrag über: „Die Genossenschaftsbewegung“. ... Der Bericht empfahl der Gauleitung den nächsten in Zukunft die Versammlungen besser zu besuchen wie früher. ... Darauf folgte der Abschluß der Versammlung.

Haus anderen Organisationen.

Erfolgreiche Lohnbewegung bei der Bekleidungs-Gesellschaft „Viktoria“, Zentralinstituts-Hambura. Die Einnahmeh und Mehrere der Viktoria in Hamburg, 50 an der Zahl, sind sämtlich im Verband der Bureauangestellten organisiert. ... Die Viktoria lehnte jedoch jede Verhandlung ab und einen mit Vorkonventionen vor. ... Unter Zustimmung der Direktion in Berlin wurde folgendes vereinbart:

- 1. Das Gehalt der Einnahmer beträgt ab 1. Januar 1911 für die Produktivität von drei Monaten 100 M., für länger Beschäftigte 125 M. monatlich.
2. Per amebrozentiae Infatio-Providionsbeama für Vollversicherung wird bereits gezahlt, sobald die Prämienkontrolle 60 M. monatlich aufweist.
3. Das Gehalt wird im Krankheitsfalle weiter gezahlt.
4. Nach 3 Jahren Dienstzeit werden 6 Dienstage, nach 6 Jahren 10 Diensttage Urlaub gewährt.
5. Die Zugehörigkeit zur Organisation wird nicht gebunden. ...

Außerdem ist ein Anzeigstellenanstoß, der unter Mitwirkung der Organisation gewählt wird, anerkannt. ...

Damit sind die Forderungen der Anzeigstellen sämtlich demüht und die Organisation hat einen vollen Erfolg erruoen. ... Die polnische Berufsvereine die Interessen der Arbeiter vertreten. ...

organisierte Arbeiter ausständig. Schon am zweiten Tage wurde der Streik ergebnislos abgebrochen, nachdem die Vertreter der polnischen Berufsorganisation erklären mußten, daß kein Geld in der Kasse wäre. ...

Ausland.

Der kollektive Arbeitsvertrag in England. Nach dem letzten erschienenen Vertriebe des Arbeitsamtes über die kollektiven Arbeitsverträge bezeichnen solche Vereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in England in folgenden Industrien:

Table with 3 columns: Industry Name, Zahl der Betriebe, Zahl der Arbeiter. Rows include Bergbau und Steinbrüche, Transportgewerbe, Textilindustrie, Metallindustrie, Maschinen- und Schiffbau, Baugewerbe, Bekleidungsindustrie, Schuhindustrie, and Verschiedene Gewerbe.

Streik. Ingefahr 200 Polierere und Datragenmacher legten am 12. September in San Franzisko die Arbeit nieder, als die Unternehmer sich weigerten, ihnen den Lohnzuschlag, welcher von der Polier-Union gefordert wurde, zu gewähren ...

„Hundertdreißig Indianer im Streik“. Diese bemerkenswerte Kolle entnehmen wie dem September-Journal of the International United Brotherhood of Leather Workers ...

Soziales.

Die Wirkung des Schnapsbottels. Kollegen, Arbeiter! Die Branntweinsteuer zeigt trotz ihrer Erhöhung einen Minderertrag von 16 1/2 Millionen Mark. ...

Die Arbeitszeit im Barbier- und Friseurgewerbe ist bekanntlich überaus lang. Durch die übliche Gewohnheit eines kleinen Teils der Kundenschaft, sich kurz vor Geschäftschluß zum Barbieren und Frisieren zu kommen, wird sie noch mehr ausgedehnt. ...

Bei der Agitation, die der Verband der Arzteurgeschliffen gegenwärtig zur Ausdehnung des § 139f der Gewerbeordnung betreibt, ...

Der Geschlechtsverband richtet daher an die organisierte Arbeiterschaft das dringende Ersuchen, rechtzeitig zum Barbier und Friseur zu gehen, ...

„Im Schweizer beines Angeichts sollst du dem Polier sein“. Wie dieses Bibelwort von den moder-

nen christlichen und jüdischen Staatsbürgern in die Tat umgesetzt wird, davon gibt folgende Mitteilung, die wir in einer der letzten Nummern der Hochzeitschrift „Die Post“ finden, wieder mal ein Beispiel. ...

Genossenschaftliches.

Wie der Konsumverein wirkt. Die „Deutschdeutsche Volkszeitung“ berichtet nach der „Rheinischen Volkszeitung“ aus Riedermarsberg: Eine angenehme Heberaufsahrung wurde der Bürgerchaft des Städtchens Riedermarsberg zu teil, als dieser Tage durch die Schelle bekannngemacht wurde, daß von heute ab alles frische Fleisch wie Wurst um 25 Prozent im Preise herabgesetzt worden sei. ...

Der Konsumverein, der diese, allen Fleischkonsumenten sicherlich recht angenehme Preisermäßigung bewirkt, ist der Konsumverein für Summersbach und Hungenberg. Die braven „Meister des Wurstfleisels“ haben also, wie man sieht, nach Art der großen Truys und Staktelle sogenannte „Kampfpreise“ eingeführt, ...

* 1 Cent = 4 2 Pf.

auch an die Treue und Loyalität der Konsumvereinsmitglieder hohe Anforderungen gestellt. Wehe, wenn sie auf den Fein der „Surströuter“ Frieden, einen größeren Gefallen könnten sie ihnen gar nicht erweisen. Es muß also nicht nur allenthalben heißen: Dürren in die Konsumvereine, sondern in noch höherem Maße: „Halte fest an Konsumvereine und laßt euch nicht beirren!“ Und was für Niedermarsberg gilt, gilt auch für alle anderen Orte.

Eine recht umfangreiche Entwicklung der Groß-einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine nicht für das laufende Jahr in Aussicht. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ veröffentlicht das Ergebnis der ersten neun Monate des Jahres 1910 und macht dabei folgende Angaben:

Die Warenabteilung erzielte

im III. Quartal einen Gesamt-	
umsatz von	22 562 101,70 Mk.
gegen III. Quartal 1909	19 023 218,82
also 1910 mehr	3 538 882,88 Mk.
in den ersten 9 Monaten 1910	60 068 627,56 Mk.
in den ersten 9 Monaten 1909	50 648 327,41
also 1910 mehr	9 420 300,15 Mk.
Die Kaufabteilung setzte auf	
im III. Quartal 1910 im Debet	15 466 387,88 Mk.
gegen III. Quartal 1909 im Debet	9 022 156,33
also 1910 mehr	6 444 231,55 Mk.
im III. Quartal 1910 im Kredit	15 883 349,22 Mk.
gegen III. Quartal 1909 im Kredit	9 531 513,82
also 1910 mehr	6 351 835,40 Mk.
in den ersten 9 Monaten 1910	
im Debet	40 750 980,98 Mk.
in den ersten 9 Monaten 1909	
im Debet	22 622 041,06
also 1910 mehr	18 128 939,92 Mk.
in den ersten 9 Monaten 1910	
im Kredit	43 324 998,19 Mk.
in den ersten 9 Monaten 1909	
im Kredit	22 767 252,86
also 1910 mehr	20 557 745,33 Mk.

Die Abteilung Zigarrenfabrikation erzielte an Zigarren und Tabakfabrikaten einen Umsatz im I. Quartal 1910 441 437,28 Mk. im II. Quartal 1910 185 643,89 „ im III. Quartal 1910 590 670,10 „

Die Abteilung Seifenfabrikation erzielte in den drei Monaten Juli/September einen Umsatz von 477 205,24 Mk.

Nach diesen Ergebnissen darf angenommen werden, daß der Gesamtumsatz der Groß-einkaufsgesellschaft, der im vorigen Jahre rund 75 Millionen Mark betrug, im laufenden Jahre 90 Millionen Mark erreichen wird. Man sieht: es geht vorwärts mit dem „Konsumverein der Konsumvereine“ trotz aller Gegenmaßnahmen der Händler und Mittelstandsretter. Und da die Entwicklung der Groß-einkaufsgesellschaft schon immer ein gutes Barometer für die Entwicklung der allgemeinen Konsumgenossenschaftsbewegung gewesen ist, darf angenommen werden, daß auch diese eine erfolgreiche Bilanz für das Jahr 1910 ziehen kann.

Amthliche Preisstatistik und Konsumverein in Schönberg. In Schönberg werden von dem Polizeipräsidenten seit Jahren ebenso wie in anderen Orten Markt- und Ladenpreise für eine Reihe wichtiger Nahrungsmittel festgesetzt. Der rührige Direktor des statistischen Amtes Dr. Kuczynsky fand nun, daß diese Festsetzung der Preise doch nicht genügend sei, da sie kein Urteil darüber ermöglicht, zu welchen angegebenen Preisen die Umsätze in der Hauptstadt erfolgen. Er wandte sich daher an die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend und trat mit dieser die Vereinbarung, daß deren Schönberger Verkaufsstelle dem statistischen Amte regelmäßig die Umsätze in den einzelnen Artikeln spezifiziert nach den Preisen übermitteln. Im dritten Verwaltungsbericht der Stadt Schönberg werden nun für das erste Jahr 1907 die Zahlen veröffentlicht. Sie ermöglichen einen interessanten Vergleich zwischen den Preisen auf dem Markte, bei den Krämerin und im Konsumverein. Es zeigt sich dabei, daß der Konsumverein, der ja grundsätzlich nur gute Ware führt, durchaus keine Schutzkonkurrenz bedeutet. Nur selten sind seine Preise niedriger als die niedrigen Markt- oder Ladenpreise, dagegen bleiben auch seine höchsten Preise stets vielfach sogar sehr unter den höchsten Marktpreisen. Wenn man berücksichtigt, daß die Mitglieder des Konsumvereins am Jahresabschluß eine Rückvergütung von 5 bis 6 Proz. erhalten, so kommt man zu dem Ergebnis, daß sie in ihrem Verein auch nur dasselbe zahlen, was sie im privaten Geschäft für die allerbilligste Ware zahlen würden, nur daß sie hier eben nicht Ausnahmeware, vor allem aber auch stets volles Gewicht erhalten, wozu es bei den Krämerin bekanntlich sehr häufig „hapert“.

Rechtspredung.

Ist der Streikbruch eine verwerfliche und ehrenrührige Handlung? Für Arbeiter, namentlich aber für organisierte Arbeiter ist die Beantwortung dieser Frage eine Selbstverständlichkeit. Anders hingegen liegt die Sache eben, wenn man etwa Herrn Alex. Kruh von der „Arbeitsberzeitung“ oder sonstige kapitalistische Handlanger, oder gar einen preußischen Staatsanwalt um die Verantwortlichkeit dieser Frage erfragt. Von jenen Seiten würde uns ein ebenso selbstverständliches und kategorisches Nein als Antwort auf unsere Frage entgegenzuschleudert werden. Ja, es würde sogar noch ein Dummus auf die Ehrenhaftigkeit dieser „nützlichen Elemente“ dabei mauseiselnlich sein.

Auders das Schöffengericht II in Hamburg, welches unsern Kollegen G. zu 30 Mk. Strafe verurteilt, weil er den Sattler W. mit der Bezeichnung „Streikbrecher“ beleidigt haben soll. Wir ziehen aus dieser Verurteilung den Schluß, daß auch das Hamburger Gericht den Streikbruch für eine ehrenlose Handlung erachtet, denn nur so ist es verständlich, daß die Bezeichnung Streikbrecher eine Beleidigung ist. Denn wäre der Streikbruch eine Heldentat, oder eine die öffentliche Verleumdung und Anerkennung heischende Handlungswaise, dann könnte die Bezeichnung Streikbrecher doch unmöglich eine Beleidigung sein. Also es bleibt dabei, der Streikbruch ist eine ehrenlose und gemeine Handlung, denn der Vorwurf, es habe jemand diese Handlung begangen, ist eine Beleidigung und wird, wie wir hier schon an der Zeit, bestraft. Den übrigens auch sonst ganz unerwarteten Bericht lassen wir hier im Auszuge folgen:

Durch das Wort „Streikbrecher“ soll der Sattler G. den Sattler W. beleidigt haben, weshalb Anzeige aus § 185 (einfache Beleidigung) erhoben worden ist. Der Angeklagte war Kassierer der Zentral-Krankenkasse der Sattler. Frau W., die Ehefrau des angeklagten, kam am 6. September d. J. zu dem Angeklagten und zahlte Beiträge für ihren Mann. Der Angeklagte soll sich dem Sinne nach ausgedrückt haben, „es sei schämig von ihrem Manne, daß er als Streikbrecher arbeite“. (Es handelte sich um den Streik in Heister, wo W. in Arbeit getreten war.) Eine Arbeitswilligen-Beleidigung wird selbstverständlich von Amts wegen verfolgt, denn ein solches Staatsvergehen bringt die sittlichen Grundlagen des Staates ins Wanken. Der Angeklagte bekennt, das Wort „Streikbrecher“ gebraucht zu haben. Er habe allerdings gesagt, er fände es schämig, wenn ein Hamburger Kollege unter solchen Umständen noch Heister gehe, wo die Kollegen im Streik ständen. Frau W. behauptet, es sei das Wort „Streikbrecher“ gefallen, die Frau des Angeklagten bekennt das. Es liege also Behauptung gegen Behauptung. Der Amtsanwalt meint mit erhobener Stimme, hier liege ein Streikvergehen vor, für das die Strafkammer zuständig sei. Sollte aber das Gericht anderer Meinung sein und nur eine formale Beleidigung als vorliegend erachten, so müsse auf eine exemplarische Strafe erkannt werden. Die Arbeitswilligen müßten energisch geschützt werden. In seinem Exposé erließ er auf „Moabit“ hin, um damit anzudeuten, welche furchtbare Gefahren auch für Hamburg entstehen könnten, wenn -- ein Arbeitswilliger „Streikbrecher“ genannt werde. Der Verteidiger dücht ironisch sein Ermahnen aus, daß der Ankläger nicht auch die russische oder portugiesische Revolution herangezogen habe, um die Sache noch trüber erscheinen zu lassen. Hier liege doch ein rein privater Vorgang in der Wohnung des Angeklagten vor. Es sei unangemessen, Vorgänge, wie die „Moabiterei“, heranzuziehen, die noch gar nicht geklärt seien, sondern erst noch vor Gericht zum Austrag gelangen sollten. In diesem Zusammenhange gebraucht, sei übrigens der Ausdruck „Streikbrecher“ nicht beleidigend, wie ertüchtlich die Strafkammer in Altona erkannt habe. Wenn auf öffentlichen Strafe oder vor einer Menschenmenge ein derartiger Ausdruck fiel, könnte man wohl die beleidigende Absicht annehmen, aber hier handle es sich nur um eine sachliche, der Wahrheit entsprechende Vorhaltung über das Verhalten des W. Man könne nicht verlangen, daß ein solches Verhalten in weitläufigen Umschreibungen charakterisiert werde; wer eben den Streik gebrochen habe, sei ein Streikbrecher. Unter Bezugnahme auf eine Reichsgerichtsentcheidung betonte der Verteidiger, daß es dem Angeklagten gar nicht darum zu tun gewesen sei, den Arbeitswilligen zu einem „tätigen Verbandsmitgliede zu machen“. Von einem Streikvergehen könne also nicht gesprochen werden. Die Sache sei übrigens nicht geklärt, da die Aussagen beider Frauen sich diametral gegenüberstünden. Bei Erhebung von Offizialklagen in solchen Dingen beständen diese ein anderes Aussehen, da die Staatsanwaltschaft die Jaugen lade, die nun, da sie eidlich vernommen würden, einen „Vorsprung“ hätten vor anderen Zeugen. Der Angeklagte müsse daher freigesprochen werden. Der Amtsanwalt sucht nochmals seinen Standpunkt zu wahren, aber der Verteidiger

erwidert, er habe es ab, sich mit dem Ankläger neuer auszuhandeln, was angemessen ist oder nicht. Das Gericht nimmt nur formale Beleidigung an, die es mit einer Geldstrafe von 30 Mk. oder 6 Tage Gefängnis ahndet.

Wann ist das Wort Streikbrecher eine Verleumdung? Ein Pader hatte während eines Streiks in Frankfurt a. M. ein Flugblatt verteilt, in dem es heißt: „Hier werden boykottierte Waren verkauft, die von Streikbrechern hergestellt werden.“ Dadurch fühlten sich drei Arbeitswillige beleidigt und stellten Strafantrag. Die Staatsanwaltschaft leitete das Strafverfahren ein und der betreffende Pader wurde vom Schöffengericht zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er die Arbeitswilligen „Streikbrecher“ genannt habe. Er legte dagegen bei der Strafkammer Berufung ein. Sein Verteidiger führte aus, daß das Wort „Streikbrecher“ nicht immer als Verleumdung aufzufassen sei. Im vorliegenden Falle sei es nur der prägnante Ausdruck für das Gegenteil von Streikenden. Es lasse sich das eben nicht anders zum Ausdruck bringen. Das Wort „Arbeitswilliger“ umfasse nicht alles, was in dem Worte Streikbrecher liege. Die Strafkammer erkannte auf Freisprechung. Es handelt sich um die Bedeutung des Wortes Streikbrecher, so führe die Begründung des Urteils aus. Unter Umständen sei das eine Verleumdung, z. B. wenn es zu „größen werde“. Aber wenn es, wie in dem Falle, nur als sachliche Bezeichnung für einen bestimmten Kreis von Personen verwendet werde, stelle es keine Verleumdung dar. In dem Flugblatt habe damit gesagt sein sollen: Hier wird Brot verkauft, das von solchen Heisteln hergeht, die den Streik brechen, d. h. die nicht mitstreifen. Eine Verleumdung sei darin nicht zu erblicken.

Wir empfehlen also unseren Kollegen, das ominöse Wortchen Streikbrecher nur in dringenden Fällen und dann natürlich stets nur als „sachliche Bezeichnung für einen bestimmten Personenkreis“ anzuwenden. Denn wir lieben unsere Freiheit und auch unser Geld! Beide sind uns wertvoller als eine eventuelle „Beleidigung“ solcher Elemente, die eigentlich gegen jede Verleumdung gefeit sein sollten, da ihnen ja der ehrenhafte Charakter fehlt! Also nochmals Kollegen, seid vorsichtig!

Rundschau.

Parlamentarisches. Wenn diese Zeiten in die Hände unserer Leiter gelangt sein werden, ist der Reichstag bereits wieder in „voller Tätigkeit“ begriffen, denn am Dienstag, den 22. November, findet die erste Plenarsitzung statt. Nebenbei reichhaltig in das Material, welches dem Parlament schon jetzt vorliegt, so reichhaltig, daß man mit Bestimmtheit sagen kann, es wird zum größten Teile unbedeutend bleiben und erst dem neuzuzählenden Reichstage eventuell wieder vorgelegt werden müssen.

An der Reichsversicherungskommission gestaltet sich das Ergebnis der Beratungen so, daß im großen und ganzen an dem Ergebnisse erster Lesung wesentliche Änderungen kaum noch stattfinden werden. Bezüglich des Kreises der in der Unfallversicherung versicherten Personen wurden noch einzelne Lücken ausgefüllt, die nicht beachtlich worden waren. Es bleibt aber dabei, daß auch nach dem neuen Gesetz viele Arbeiter in den kleinen Betrieben nicht versichert sein werden. Hervorzuheben ist nur, daß als Fabriken und damit auch als Versicherungsspflichtig gelten sollen solche Betriebe, die elektrische Kraft erzeugen oder weitergeben. Das Zentrum stellte gemäßigteren als Erfolg für einen weiteren gehen der sozialdemokratischen Antrag, der in erster Lesung abgelehnt worden war, den Antrag, dem Bundesrat das Recht zu geben, gewisse gewerbliche Berufsarten von den Bestimmungen der Unfallversicherung zu unterstellen. Trotz beständiger Gegenwehr der Krant- und Schotjunker wie der Regierung wurde dieser Antrag angenommen.

Bekanntlich wird die Unfallrente nach der Höhe des Jahresarbeitsverdienstes und nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit berechnet. Da aber die Jahresarbeitsverdienste infolge der Tätigkeit der Gemeindefürsorge und andererseits das Geld infolge der Verteuerung der Lebens- und Verbrauchsmittel an Kaufkraft einbüßt, beantragten die Sozialdemokraten, daß die Renten mindestens alle 10 Jahre den veränderten Verhältnissen entsprechend geändert, d. h. also prozentual aufzubessert werden müßten. Wegen dieses Antrags äußerten sich alle bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Polen, jedoch einschließend des „christlichen“ Zentrums auf und brachen ihm das Genid. Das „christliche“ Zentrum konnte aber auch in der Tat nicht anders, es hätte sonst wider Willen bestätigt, was es bisher beuchlerisch bestritten hat, nämlich, daß es hauptsächlich dazu beigetragen hat, daß mit Hilfe der Lebensmittelkette dem deutschen Arbeiter der Brotkorb höher gehängt worden ist! --

Verschiedene Fragen, über die man sich in der Kommission nicht einigen konnte, wurden einer dafür besonders geeigneten Subkommission zur Verteilung überwiesen.

Dem Volke mag die Keltion erhalten bleiben, so hat der deutsche Kaiser, der jetzt wieder mehr und mehr sich betätigt auf dem Gebiete der Politik, sich den Verordnungen zu Zeiten gegenüber ausgesprochen. -- Das alte Lied, ganz wie bei den Keltinnen, nur eine neue Melodie!

Die katholische Presse und auch die der sogenannten „christlichen“ Gewerkschaften jubelt über diese neue laizistische Unterwerfung, die ihr jetzt im Kampfe wider den „Teufel Junker“ zu teil wird. In geradezu widerlicher Weise wendet und schmachtet die katholische Presse den protestantischen Kaiser an, der doch, wenn man die Vorwommenszuspiffe als Schwarzgelenk heranzieht und die sonstigen Deklamationen der „Geschorenen“ berüchtigt, eigentlich der grimmigste Feind des Katholizismus sein dürfte. Diese Wundelei erreicht einen Grad, daß selbst die protestantische-konfessionale „Kreuzzugung“, deren ehemaliger Chefredakteur v. Hammerich auf dem Gebiete der Ausschaltung geschäftsreligiöser Scheuerei und Komödienthums bisher unerreicht dastand, die Hände über dem Kopfe zusammen schlägt und fragt: „Wie soll das enden?“ Doch es wird den Geschorenen nichts nützen, so wenig wie es dem Throne nützt, wenn er den Axt zur Unterstützung heranzieht. Es genügt hinzuweisen auf Portugal, Spanien, Italien, England und andere mehr. Die Spuren führen eben! Daß der deutsche Kaiser innerlich mehr dem Katholizismus als dem Protestantismus zuneigt, wer möchte es bestritten; doch das in seine Privatfache, die uns gleichgültig sein kann.

Graf Leo Tolstoi, der große Russe und Dichtersfürst, der größten einer aller Zeiten und Länder, hat die Augen für immer geschlossen. Ehrfurchtsvoll neigt die gesamte Kulturwelt zum Zeichen der Dankbarkeit und der tiefen Ergriffenheit bei dem Tode dieses Geniesarischen ihr Haupt. Ein durch und durch religiöser Mann, eine Prophetennatur, ein Mann von hohem sittlichen Ernst und sittlichem Empfinden, wie wohl nur wenige vor ihm waren und nach ihm nur wenige sein werden. Mit einem Wort ein Christ, der von den Scharfen, Wort- und Kirchenchristen in den Kirchenbau getan wurde. Ein Mann, der turmhoch über dem Pfaffenrum und Sabelschwertum unserer Tage stand, welches er aus ganzer Seele verachtete und rücksichtslos gegeißelt hat. Der Mann hat selbst im Todesempfehlung, als die Sinne bereits im Schwunden begriffen waren, mit bewundernswürdiger Ausdauer den orthodoxen Versuchungen, ihn zu „zelen“, widerstehen. Ein wahres Glück! -- Denn das wäre wieder so ein „gekundenes Kröhen“, gewesen, man hätte mit der „Befehdung“ dieses „Sunders“ doch so schön können kreiben gehen. -- Doch es gelingt nichts mehr! Sämtliche „Kirchenfürsten“ Ruflands und der Gängeganz nach dazu genommen hinterlassen bei ihrem eventuell gemeinsamen Tode keine solche Ahne als der greise Leo Tolstoi. Ganz Russland, ja die ganze Welt steht erschüttert an der Bahre dieses Philosophen, Ethikers und Dichters.

Die Charakterköpfe und klafflichen Zeugen von Noabit nehmen das Interesse der Öffentlichkeit in steigendem Maße in Anspruch. Dieser Prozeß verspricht, möge er jonn ausgehen wie er wolle, eine solche Fundgrube für unser Waffenarsenal zu werden, daß wir ihn unmöglich an dieser Stelle nur so nebenbei erwähnen können. Nein, diese Gestalten müssen uns den Stoff hergeben zu einem besonderen Artikel. Die Gesichter der Herren Richter und der Staatsanwälte werden immer länger, wenn sie von Tag zu Tag zusehen müssen, wie ihnen die Verteidigung das Fleisch von ihrem Fleische als abscheuliches Beispiel dafür, wie die Arbeiter nicht sein sollen, vor Augen führen kann. Wir sind überzeugt, die Staatsanwaltschaft wünscht diesen Prozeß dahin, wo der Pfeffer wächst.

Die amerikanischen Wahlen, deren wirtschaftspolitische Bedeutung wir bereits in unserer vorigen Wochenschau erwähnten, haben außerdem noch eine kaum erwartete politische Bedeutung erhalten, indem sie ein ganz bedeutendes Anwachsen, ja eine Verdoppelung der sozialistischen Stimmzahlen zeitigten. Was kaum jemand zu hoffen wagte, trat ein, es wurden zum erstenmal auch zwei Sozialdemokraten in das Bundsparlament gewählt. Und zwar ist es im hauptsächlichen von den deutschen Auswanderern bevorzugter Bezirk, der dieses Resultat zuwege brachte. Die Ergebnisse dieser Wahl dürften endlich auch die Stimmen zum Schweigen bringen, die da immer und immer wieder betonten, für den „nächternen“ und natürlich auch klugen Amerikaner in der Sozialismus zu romantisch und -- zu dumm!

In England, das allem Anscheine nach in diesem Jahre nochmals zur Sahlzatte schreiten wird, darf man ein ähnliches Ergebnis erwarten. Die liberale Regierung buhlt zwar in wahrhaft demagogischer Weise um die Stimmen der Arbeiterschicht, indem sie ihr populäres und wohl nachgebetenes Mitglied, den Finanzminister Lloyd George, Reden halten läßt, die ihn von einem Sozialisten nicht unterscheiden lassen. -- Den Konserverativen hingegen haben die amerikanischen Wahlen vollends in die Suppe gespuckt und wüchsen diese Leute die Auflösung des Parlaments, die sie bisher herbeiwünschten, nur gerne weiter hinausgeschoben haben. In die Liberalen verblendet genug sein werden, darauf einzugehen, hängt, außer von ihnen selbst, nach von dem Verhalten der Arone ab. Jedenfalls aber sind die Wahlschieden für die Liberalen und die Sozialisten zurzeit nicht schlecht.

Die Anknappungswahlen im Waldburger Bergrevier brachten dem Bergarbeiterverband einen großen Sieg gegen die Verbündeten, reichsteuernde Zedernpartei, christlichen Kadavereiler und kirchlich-Dunderlichen Gewerksvereine. Von 17 zu wählenden Anknappungsämtern erhielt der Verband 12; seine Stimmzahl hat sich vervierfacht.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Der wöchentliche Beitrag der Verwaltungsstelle Magdeburg beträgt ab 1. Januar 1911 75 Pf.

Am Sonnabend, den 26. November, wird in allen Verwaltungsstellen die Zahl der Arbeitstagen und dort sich aufhaltenden Reisenden festgestellt.

Den Zeitungsredaktionen an die Verwaltungsstellen liegen besondere Packungen Abrechnungen über das letzte Quartal bei.

Die Ortsverwaltungen werden dringend eruchtet, die Fragebogen über die hygienischen Verhältnisse in den Vertrieben umgehend einzufüllen. Der Vorstand.

Briefkasten der Expedition.

Alle diejenigen, die unsere Zeitung durch die Post überwiesen (also nicht unter Kreuzband) erhalten, machen wir dringend darauf aufmerksam, daß uns etwaige Adressenveränderungen, die zum 1. Januar eintreten, schon jetzt und zwar spätestens bis zum 6. Dezember d. J. mitgeteilt werden müssen.

Alle Verwaltungen, die Wert darauf legen, im nächstjährigen Berichtsungs-kalender regelmäßig vermerkt zu werden, können jetzt die entsprechenden Notizen einlesen. Man sende uns eine Postkarte mit der Angabe des Wochentages, des Datums, des Versammlungslokals und der Zeit der Versammlungseröffnung. Die Daten sind gleich für das ganze Jahr bis durch anzugeben. Die Kollegen eriparen dadurch Porto und Arbeit.

Adressenänderungen.

Brieg. B. Franz Wergest, Oppelner Str. 12 11.

Sterbetafel.

Berlin. Gustav Bloch, Militärsattler, 66 Jahre alt, Tuberkulose. -- Theodor Stawitzki, Geschirrsattler, 40 Jahre alt, Herzblähung. Offenbach a. M. Jakob Zinland, Portefeuller, 40 Jahre alt, Nierenentzündung und Gehirnschlag. Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Versammlungsangelegenheiten, die bis zum Redaktionsschluss bei uns eintreffen.)

Berlin. Allgemeine Vertrauensmännerversammlung: Montag, den 28. November 1910, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminienhallen“, Kommandantenstr. 58/59.

Geschäftsverhandlung: Donnerstag, den 1. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Hof“, Neue Köhlerstr. 3.

Eisenmöbel- und Lederverkehr: Donnerstag, den 1. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Walter, Adalbertstr. 62.

Dresden. Dienstag, den 6. Dezember, Versammlung im „Maulsackhof“, Maulsackstraße.

Offen. Sonnabend, den 3. Dezember, abends 9 Uhr, im Restaurant Schmirer, Abteilungsbeitrag: Mitgliederversammlung.

Gera (Meth). Achtung, Kollegen! Unsere diesmalige Versammlung findet Sonnabend, den 3. Dezember, in Ronneburg (Rüchterseller) abends 8 1/2 Uhr statt. Ab Gera 7 1/2 Uhr.

Hamburg-Altona. Donnerstag, den 1. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Gewerkschaftsbau.

Karlsruhe. Samstag, den 17. Dezember, abends 8 1/2 Uhr im Lokal „Zur Lokalbahn“, Kapellenstr. 64.

Mannheim. Samstag, den 3. Dezember, Mitgliederversammlung.

München. Samstag, den 3. Dezember, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Jägerstr. 14 (Kampfgarten).

★ Anzeigen. ★

Offenbach. Achtung! Kolleginnen! Achtung! Montag, den 28. November, abends 7 1/2 Uhr, direkt nach Geschäftsabschluss, im Saale „Zum Storch“, Schloßstr. 10, Versammlung.

aller in der Portefeuller- u. Reiseartikelfabrik beschäftigten Arbeiterinnen. Tagesordnung: „Was erhoffen die Arbeiterinnen von der nächstjährigen Tarifverhandlung?“ Die Tarifkommission.

NB. Von den Kollegen erwarten wir, daß sie die Kolleginnen auf diese Versammlung aufmerksam machen und für guten Besuch agitieren. D. D.

Ein tüchtiger Sattler

auf Köffer und Reiseartikel, welcher namentlich tüchtig im Bügelmachen ist, erhält sofort bei 30 W. Wochenlohn gute und dauernde Stellung. Bei Zufriedenstellender Leistung auch Reisevergütung. L. Karby, Lederverkehrsfabrik, Kopenhagen V, Jakob Tanerårds Vej 14.

Tüchtige Portefeuller

auf Damentaschen finden dauernde und lohnende Beschäftigung. J. Hiltz, Baynau in Schlesien.

Faltenbrechmaschinen,

Größe 14 + 22 cm. Heftet Alfred Krubentacher, Maschinenfabrik, Berlin, Köpenickerstraße 155/156. Amt IV, 7929.

Lehrbücher für Sattler:

- Bergerkhoff, Der moderne Tapezierer... 7,50 Mt.
- Morgenkern, Der Sattler als Zuschneider 5,00
- Kausch, Der Wagenfabrikant... 3,00
- Reinisch, Der Wagenkasten und sein Plan 5,00
- Remer, Die Schule des Tapezierers... 7,50
- Schlüter u. Kausch, Handbuch f. Sattler 9,00
- Schlüter, Aufzweiden der Sattlerarbeiten 7,50

Zu beziehen durch: Joh. Gassenbach, Berlin SO. 16.

Georg Weihnachts Bierhaus, Gränstr. 21.

K. Weiß-, Bayrisch-, Kulmbacher Bier. Zahlstelle der Zentral-Ertragskasse der Sattler und der Überserwaltung des Verbandes der Sattler, Zahlstelle der „Frohs Volkshaus“.

Der heutigen Nummer unserer Zeitung liegt ein Prospekt der Firma H. M. Kippold in Leipzig bei, den wie unseren Lesern zur Beachtung empfehlen.